



Aufbruch zu alten Ufern



Grafik: rbb

Wir müssen noch einmal über die Verteilung der neuen Ressorts auf die Koalitionsparteien sprechen. Da die Richtlinienkompetenz des Regierenden Bürgermeisters (*Artikel 58, Satz 2, der Verfassung von Berlin*) völlig wirkungslos ist, weil politisch nicht durchsetzbar, ist es umso bedeutender, welche Partei welches Ressort verwaltet. Die Ressortverteilung steht fest, die Namen der Senatorinnen und Senatoren noch nicht. **Die Personen erst dann zu benennen, wenn die Parteigremien über den Koalitionsvertrag abgestimmt haben, ist inakzeptabel.** Als Parteimitglied müsste ich doch wissen wollen, wer an der Spitze der Senatsverwaltungen stehen soll.

Bekannt ist natürlich, dass **Franziska Giffey** Regierende Bürgermeisterin werden wird. Bekannt ist auch, dass **sich Frau Giffey entschieden hat, ein Drittel weniger zu arbeiten als ihr Vorgänger, denn sie übernimmt kein Ressort. Man kann doch nicht von Chefinnensache sprechen und die Bauverwaltung dann nicht selbst übernehmen.** Frau Giffey sitzt also in keinem Fachausschuss und muss demzufolge auch keine inhaltlichen Fragen im Parlament beantworten. Sie hat offenbar vor, einen Präsidialstil zu pflegen.

Wir befinden uns in der größten Gesundheitskrise aller Zeiten, verbunden mit enormen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen. Spätestens jetzt hätte man erwartet, dass es **eine Art Übergabe-Komitee** gibt, bestehend aus dem amtierenden Regierenden Bürgermeister und der künftigen Bürgermeisterin. Drei Wochen vor der Amtsübergabe ist nicht erkennbar, dass Frau Giffey in dieser Frage aktiv wird.

Wie stellt sich Frau Giffey eigentlich die Amtsübergabe vor? Es erfolgt kein Wissenstransfer. Das Bürgermeisterbüro im Rathaus Neukölln ist mit dem im Roten Rathaus nicht zu vergleichen, da liegen ein paar Ebenen dazwischen, zumal der Regierende Bürgermeister auch Ministerpräsident des Bundeslandes

Berlin ist. Natürlich wird es ein Pressefoto geben, wenn **Michael Müller** sein Büro an **Franziska Giffey** übergibt und ihr verrät, wo sich das Geheimgeschäft im Schreibtisch befindet. Das dürfte in dieser Zeit zu wenig sein.

Dass **Bettina Jarasch** vermutlich Senatorin für Wissenschaft und Gesundheit wird, könnte man doch als gesetzt verkünden. **Dilek Kalayci** und **Bettina Jarasch** gehören schon jetzt an einen Tisch. Auf Bundesebene ist es genauso schlecht. Während Grüne und FDP ihre Minister längst benannt haben, macht **Olaf Scholz** noch ein Geheimnis daraus. Jetzt zu wissen, wer Gesundheitsminister werden soll, ist von besonderer Bedeutung. Wenn Scholz den Gesundheitsminister der Herzen und Talk-Shows, **Karl Lauterbach**, nicht haben will, soll er es sagen und einen Namen nennen. Dann könnte sich diese Person schon heute mit **Jens Spahn** an einen Tisch setzen.

Über die Ressortverteilung in Berlin kann man sich nur wundern. Dass die SPD das Innenressort behalten will, ist verständlich, es hätte aber einen gewissen Charme, wenn es Grün oder Links übernehme. Dann kämen sie manchmal in Erklärungsnot gegenüber ihrer Klientel.

Zu den undankbarsten Aufgaben gehört die Schulverwaltung. In keinem anderen Ressort gibt es so viel Ärger wie hier, mit Lehrern, Eltern, Gewerkschaften. Nach 25 Jahren fühlt sich die SPD aber immer noch berufen, sich darum kümmern zu wollen. Dieses Ressort wäre für die Grünen genau richtig, in deren Reihen sich zahllose Pädagogen befinden.

Natürlich muss jede Partei wenigstens ein bedeutendes Ressort erhalten. Den Grünen aber Finanzen zu überlassen, ist wirklich gewagt. Die Grünen tun sich damit auch keinen Gefallen. Wirtschaft in SPD-Hand? Warum nicht. Aber wer soll es machen?

Die Pandemie wird uns noch sehr lange begleiten. Deshalb ist es wichtig, dass sich voll und ganz ein Senator um dieses Ressort kümmert. Da bleibt wenig Zeit für Wissenschaft und Forschung. Natürlich passen aus vielerlei Gründen Gesundheit und Wissenschaft gut zusammen, aber nicht in dieser Krisenzeit. Es gab seit 1963 immer wieder die Kombination Wissenschaft und Kultur. Dass **Klaus Lederer** ein beliebter Kultursenator ist, hört man immer wieder. Ausgelastet kann er allein mit der Kultur aber kaum sein.

Interessant ist, dass sich ausgerechnet die Linke für Justiz interessiert. Am krachend gescheiterten Mietendeckel hatte die Linke einen nicht unwesentlichen Anteil, trotz vorheriger Warnungen. Nicht anders



verhält es sich im Enteignungsvolksentscheid, dessen Umsetzung rechtlich kaum Bestand haben dürfte.



Es gibt ein Aber. Der Name **Sebastian Schlüsselburg** ist für den Posten des Justizsenators bereits genannt worden. Nun weiß man, dass die Chancen es tatsächlich zu werden in gleichem Maße sinken wie der Name öffentlich genannt wird. Vielleicht ist es diesmal anders. „**Sebastian Schlüsselburg ist das Mittel gegen Politikverdrossenheit**“ heißt es in einem

paperpress-Portrait vom Dezember 2006, ein Jahr nachdem er in die Linke eingetreten ist. Damals war er noch Mitarbeiter der Fraktion. Nach zehn Jahren, im September 2016 wurde er als Direktkandidat im Wahlkreis Lichtenberg 4 mit 32,8 Prozent in das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt und erzielte damit landesweit das beste Erststimmenergebnis für DIE LINKE. 2021 gewann er den Wahlkreis erneut direkt mit 29,4 Prozent. Als Diplom-Jurist ist Schlüsselburg hinreichend qualifiziert, was auf den amtierenden Senator **Dirk Behrendt** von den Grünen auch zutrifft. Warten wir also ab, für wen sich die Linke entscheidet. Hier das Portrait über Sebastian Schlüsselburg aus dem Jahre 2006. *Foto: Wikipedia*

<http://paperpress.org/index.php?name=News&file=article&sid=337>

Wer wissen möchte, was im Koalitionsvertrag steht, findet das Zukunftswerk als Anhang zu diesem Newsletter.

Eine eher satirische als journalistische Betrachtung der Vorstellung des Koalitionsvertrages konnten die Bezieher des Tagesspiegel Newsletters *Checkpoint* heute Morgen lesen: „*Sechs Mikrofone, aufgereiht in einem Saal mit Turnhallen-Charme, aufgeregte Fotografen, Zugangsbeschränkungen, leichte Verspätung. Kann sich nur um das Comeback der alten Schülerband handeln, Schiller Allstars oder Goethe Gospels. Nun ja, ein Comeback ist es schon, irgendwie, was die neue Koalition da aufs Parkett legen möchte, vielleicht nicht ganz so unerwartet wie das von Abba, aber mit ähnlich schillernden Worthülsen angepriesen. Nur ohne Avatare – die hätten hier ohnehin Verbindungsprobleme.*“

Elmar Schütz schreibt heute im Leitartikel der *Berliner Zeitung*: „*Rot-grün-rote Koalition in Berlin:*

*„Noch weniger Neuanfang war selten. Nach wochenlangen Verhandlungen steht die rot-grün-rote Koalition in Berlin. Vieles klingt altbekannt. **Wirklich neu ist nur die Regierungschefin.**“*

Und CDU-Chef **Kai Wegner** meint: „*Rot-Grün-Rot startet mutlos, kraftlos, visionslos. Ich hätte mehr frischen Wind, Mut und Entschlossenheit erwartet. Ein neuer Aufbruch ist nirgendwo zu erkennen. Statt großer Linien enthält die Koalitionsvereinbarung erneut ein Sammelsurium von Kompromissen auf kleinstem gemeinsamen Nenner. Frau Giffey's Versprechen einer Politik der Mitte und eines neuen Politikstils sind dahingeschmolzen wie Vanilleeis in der Mikrowelle. (Anm.d.Red.: Wer legt denn Eis in die Mikrowelle? Es würde explodieren und nicht schmelzen. Was für eine Sauerei.)*

Nach zwei Monaten Verhandlungen sind alle Streitpunkte durch Prüfaufträge und vage Absichtserklärungen vertagt. Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich also auf weitere fünf Jahre Streit und Misstrauen einstellen. Es fehlen überzeugende Antworten zur Modernisierung unserer Stadt, zur Sicherheit, zum Bürgeramtschaos, zum Bildungsversagen und zum bezahlbaren Wohnen. Es fehlt der klare Plan, um die Chancen unserer Stadt endlich zu nutzen.

Die Enteignungsfrage ist und bleibt für dieses Linksbündnis weiter die Schicksalsfrage. Wer nur Kommissionen bildet, der will sich vor dem drücken, wofür er gewählt wurde. Regieren heißt führen und Verantwortung übernehmen. Das Vertagen dieses Konflikts wird für Verunsicherung in der Wohnungswirtschaft sorgen. Leidtragende sind die Mieterinnen und Mieter, die auf zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

Wichtige Investitionen in Zukunftsthemen kommen zu kurz: in Bildung, Wirtschaft, Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung. Es ist höchste Zeit für eine Politik, die Zukunft gestaltet statt den Mangel notdürftig verwaltet. Die CDU wird dem Senat ihre eigenen positiven Gestaltungsansätze entgegengesetzen. Eine bessere Politik für Berlin ist möglich, nötig und überfällig.“

Gibs es denn so gar nichts, worüber wir uns am letzten Novembertag freuen können? Doch: die Hospitalisierungsrate liegt für Berlin bei 3,7, nicht gut, aber noch weit weg von 6 und unter dem Bundesdurchschnitt von 5,7 und Brandenburg 5,3.

Ed Koch